
Zusammenfassung des Forderungskatalogs zur Landtagswahl 2018

Bayerns Integrationsbeiräte verabschieden Forderungskatalog zur Landtagswahl und verlangen konsequente Bekämpfung von Rassismus!

Am Sonntag, den 22. April 2018, fand im Rathaus Kempten die Vollversammlung der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns statt. Beim diesjährigen bayernweiten Treffen der AGABY beschlossen die Beiräte ihre Forderungen im Vorfeld der bayerischen Landtagswahl.

Damit Integration gelingen kann sind ein gesellschaftliches Klima der Vielfalt und des gegenseitigen Respekts und die passenden institutionellen Rahmenbedingungen entscheidend. Deshalb fordern die Integrationsbeiräte Bayerns konkrete Maßnahmen in den wichtigsten Handlungsfeldern: **Einwanderungspolitik, Arbeitsmarktintegration, Chancengleichheit im Bildungssystem, Armutsbekämpfung, Flüchtlingspolitik, Wohnen, Gesundheit und Medien.**

Im Vorfeld der bayerischen Landtagswahl fordern die Beiräte Bayerns eine **Erweiterung der demokratischen Partizipationsmöglichkeiten** für Eingewanderte. Über 12% der bayerischen Bevölkerung hat keinen deutschen Pass und ist damit von den Landtagswahlen ausgeschlossen. In den größeren Städten sind es bis zu 20-25% der Bevölkerung. „Um diesem Demokratiedefizit entgegenzuwirken, fordern wir die Erleichterung der Einbürgerung und die Einführung des kommunalen Wahlrechts auch für Drittstaatsangehörige“, erläutert Mitra Sharifi, Vorsitzende der AGABY.

Rassismus spaltet die Gesellschaft und bedroht die Demokratie. „*Unser Ziel ist es, dass auch zukünftig keine bekennenden Rassisten im Bayerischen Landtag vertreten sind*“, betont Mitra Sharifi, Vorsitzende der AGABY und ergänzt: „*Wir wollen auf dieses Ziel mit allen demokratischen Parteien hinarbeiten und fordern diese auf, keinen Rassismus in den eigenen Reihen und im Wahlkampf zu tolerieren.*“

In ihrer Forderung zum Thema **Einwanderungspolitik** sprechen sich die Beiräte Bayerns grundsätzlich für ein Einwanderungsgesetz aus. Ein solches Gesetz soll einfache, transparente Verfahren sicherstellen, die bundesweit einheitlich umgesetzt werden. „*Wir brauchen attraktive Angebote, die den Einwanderern eine Zukunftsperspektive in Deutschland bieten*“, unterstreicht Lajos Fischer, Vorstandsmitglied der AGABY und Vorsitzender des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrats.

Eine erfolgreiche **Arbeitsmarktintegration** ist eine zentrale Voraussetzung für gelungene Integrationspolitik und Integration von Eingewanderten und Geflüchteten. „*Wir fordern die Arbeitserlaubnis für alle in Deutschland lebenden Menschen, unabhängig von Aufenthaltsstatus und ohne Vorrangprüfung und erleichterte Verfahren bei der Anerkennung der im Ausland erworbenen*

Qualifikationen und Kompetenzen“, erklärt Lütfiye Yaver-Boskurt, 2. stellv. Vorsitzende der AGABY. Weiter betont sie: *„Außerdem müssen Auszubildende vor Abschiebung geschützt sein und die 3+2-Regelung auch in Bayern konsequent umgesetzt werden.“*

In Bayern ist die soziale Herkunft nach wie vor ein entscheidender Faktor für den **Bildung**serfolg. Das wollen die Beiräte Bayerns nicht weiter hinnehmen und fordern Chancengleichheit und gute Bildung für alle. Vielfalt soll als Ressource anerkannt und die Vermittlung interkultureller Kompetenzen in der Lehrer*innenausbildung etabliert werden.

Unter dem Motto **„Kein Rassismus, kein Antisemitismus, keine Islamfeindlichkeit - 100% Menschenwürde!“** fordern die Beiräte Bayerns die konsequente Bekämpfung von Rassismus und allen Formen der Diskriminierung. Die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer Religion, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihres sozialen Status, ihres Alters oder Handicaps muss bekämpft werden. Gegen sie ist präventiv vorzugehen. Gesetzeswidrigkeiten in diesem Bereich sind zu ahnden. Hamado Dipama, 1. stellv. Vorsitzender der AGABY und Vorstand des Netzwerkes Rassismus- und Diskriminierungsfreies Bayern führt als konkrete Forderungen aus: *„Es ist dringend notwendig, eine unabhängige Landes-Antidiskriminierungsstelle einzurichten und rassismuskritische Bildungsprogramme zu etablieren.“*

Die Beiräte Bayerns weisen darauf hin, dass aktuell auch in Bayern **Armut** sozialen Sprengstoff birgt und rassistische Ressentiments fördert. Aus migrationspolitischer Perspektive halten die Beiräte Bayerns die Bekämpfung von Armut für besonders wichtig. *„Ganz grundsätzlich fordern wir die Anhebung der SGB II Regelsätze sowie der Sozialhilfe und der Leistungen für Asylbewerber*innen auf ein bedarfsgerechtes und existenzsicherndes Niveau“*, erläutert Mitra Sharifi, Vorsitzende der AGABY.

Die Beiräte Bayerns fordern eine humane **Flüchtlingspolitik** statt Abschreckung und Abschiebung. *„Wir sprechen uns ganz klar gegen ANKER-Zentren und Zentrale Ausländerbehörden aus und fordern die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten“*, unterstreicht Mitra Sharifi, Vorsitzende der AGABY. *„Außerdem muss die Einteilung von Geflüchteten nach „guter“ und „schlechter“ Bleibeperspektive abgeschafft werden und auch Geflüchtete aus „sicheren Herkunftsstaaten“ müssen faire Asylverfahren erhalten“*, betont Sharifi weiter.

Im Bereich der **Wohnungspolitik** fordern die Beiräte Bayerns sozialen Wohnungsbau, eine effiziente Kontrolle der Mietpreissteigerung und Unterstützung für besonders benachteiligte Gruppen bei der Wohnungssuche, dem Abschluss von Mietverträgen und dem Erwerb von Wohneigentum.

Im Bereich der **Gesundheitsversorgung** fordern die Beiräte Bayerns einen gleichberechtigten Zugang zur medizinischen Versorgung im Präventions- und Behandlungsbereich für alle in Bayern lebenden Menschen. Konkret sollen kultursensible Angebote in der Kranken- und Altenpflege und im Hospizbereich sowie Angebote zur psychosozialen Versorgung von Geflüchteten (insb. Traumatherapie) flächendeckend etabliert werden.

Die Beiräte Bayerns kritisieren, dass sich die Vielfalt und Interkulturalität Bayerns in den **Medien** bisher weder in der Berichterstattung noch bei den Medienschaffenden kaum widerspiegelt. Sie fordern die interkulturelle Öffnung der Landesmedienanstalten Bayerns und gezielte Maßnahmen, um Medien- und Rundfunkräte bezüglich Diskriminierung und Rassismus zu sensibilisieren.